



Aus der Arbeit des Gemeinderats

Gemeinderatssitzung am 26.02.2019

Im Gemeinderat in der vergangenen Woche wurden ausschließlich einstimmige Beschlüsse gefasst. Die Bandbreite der beratenen Themen reichte von Feuerwehrangelegenheiten über mehrere Bausachen bis hin zu organisatorischen Vorgaben zur Kommunalwahl und der Genehmigung der 2018 eingegangenen Spenden an die Gemeinde.

Zunächst gab Bürgermeister Wolfgang Lahl zwei Beschlüsse bekannt, die der Gemeinderat in nichtöffentlicher Sitzung gefasst hatte.

Personalangelegenheiten: Der Gemeinderat wählte Julia Roth, die derzeit noch im Sekretariat des Bauamts arbeitet, als neue stellvertretende Leitung des Ortsbauamts und ermächtigte die Verwaltung, die freiwerdende Stelle im Sekretariat auszuschreiben und neu zu besetzen. Diese Stellenbesetzung ist inzwischen weit gediehen.

Grundstücksangelegenheiten: der Gemeinderat entschied sich gegen eine bauliche Entwicklung im Bereich Seegärten, weil nicht alle dortigen Eigentümer mitwirkungsbereit waren. Dadurch konnte das Hauptziel der Gemeinde, ein durchgehender Fuß- und Radweg von der Seitenbachstraße bis zum See, nicht erreicht werden. Aus dem gleichen Grund wurde eine teilweise Umsetzung abgelehnt.

In der Bürgerfragestunde meldete sich Herr Hassepas zu Wort und kritisierte das Parken im Kurvenbereich am Erlenweg, gegen das die Gemeindeverwaltung nichts unternehme. Der Bürgermeister sagte zu, verstärkt zu kontrollieren. Er wies darauf hin, dass Parkverbote durch Verkehrszeichen oder Straßenmarkierungen nicht zulässig sind, wenn bereits ein Parkverbot aufgrund der StVO besteht, wie zum Beispiel in Kurvenbereichen.

Zustimmung zur Wahl der Feuerwehrkommandanten und deren Stellvertreter in den Abteilungen Weil im Schönbuch und Neuweiler

Der Bürgermeister führte aus, dass nach den Wahlen der Feuerwehrkommandanten und ihrer Stellvertreter in den Abteilungen noch die Bestellung durch den Gemeinderat notwendig ist. In der Abteilung Weil im Schönbuch wurden Markus Ferber als Kommandant und Jochen Braun als dessen Stellvertreter wieder gewählt. In der Abteilung Neuweiler kandidierte Peter Bäßler erneut als Kommandant und wurde in der Abteilungsversammlung gewählt. Als Stellvertreter wurde zunächst

Christoph Frasch gewählt, der jedoch noch nicht alle für den stellvertretenden Abteilungsleiter notwendigen Lehrgänge absolviert hat. Aus diesem Grund kann er noch nicht als stellvertretender Abteilungskommandant bestellt werden.

Der Bürgermeister betonte, dass die Gemeindeverwaltung das Engagement von Herrn Frasch sehr begrüßt und ihn dabei unterstützt, durch den schnellen Besuch der noch fehlenden Lehrgänge möglichst schnell diese Aufgabe wahrnehmen zu können. In der Zwischenzeit werde Herr Frasch bereits in die Aufgaben als stellvertretender Abteilungskommandant mit einbezogen.

Ausdrücklich betonte der Bürgermeister, dass sowohl die Feuerwehrabteilung Neuweiler als auch die Gemeindeverwaltung und er selber das Engagement von Herrn Frasch begrüßen und ihn dabei unterstützen, diese Aufgabe so schnell als möglich wahrnehmen zu können.

Der Bürgermeister dankte Florian Schnurer, den bisherigen stellvertretenden Abteilungskommandanten, dass er sich dazu bereit erklärt hat, dieses Amt erneut zu übernehmen, bis Herr Frasch als stellvertretender Abteilungskommandant gewählt und bestellt werden kann.

Einstimmig bestellte der Gemeinderat Markus Ferber zum Abteilungskommandant der Abteilung Weil im Schönbuch und Jochen Braun zu seinem Stellvertreter. Peter Bäßler wurde zum Abteilungskommandanten der Freiwilligen Feuerwehr, Abteilung Neuweiler bestellt. Florian Schnurer wurde vom Gemeinderat zum stellvertretenden Abteilungskommandanten diese Abteilung bestellt.



V.l. Markus Ferber (Kommandant Abt. Weil im Schönbuch), Jochen Braun (stv. Kommandant Abt. Weil im Schönbuch), Peter Bäßler, (Kommandant Abt. Neuweiler), Florian Schnurer (stv. Kommandant Abt. Neuweiler), BM Wolfgang Lahl

Nach der Übergabe der Bestellungsurkunden informierte Abteilungskommandant Ferber den Gemeinderat über eine Änderung bei der Beschaffung des neuen Feuerlöschfahrzeug LF 20. Der in der letzten Sitzung des Gemeinderats bereits als nicht notwendig eingestufte Sprungretter muss nach Rücksprache mit dem Landratsamt Böblingen nun doch nicht beschafft werden. Die Förderfähigkeit der Fahrzeugbeschaffung werde dadurch nicht beeinträchtigt.

Anschlussunterbringung von Flüchtlingen

Herr Pflingsttag, der Leiter des Ordnungsamtes, stellte die Daten zur Flüchtlingsunterbringung in der Gemeinde vor. Momentan hat die Gemeinde 122 Flüchtlingen in Anschlussunterbringung und in verschiedenen Gebäuden untergebracht. 30 weitere Flüchtlinge leben in Privatwohnungen. 14 Personen wohnen momentan noch in der ehemaligen Landkreisunterkunft in der Oberen Bachstraße. Sobald die Gebäude Max-Planck-Straße 10 und Schulstraße 6 bezogen werden können, werden diese Menschen in das Wohnheim in der Lachentalstraße umquartiert.

Herr Pflingsttag betonte, dass die Flüchtlingszuweisungen in alle Gemeinden rückläufig sind. Dennoch werden wahrscheinlich zusätzliche Plätze benötigt, denn Familiennachzüge und Geburten bedeuten für die Gemeinden nach wie vor einen zunehmenden Unterbringungsbedarf.

Der Bürgermeister kann darauf zu sprechen, dass die Gemeindeverwaltung bei der Obdachlosenunterbringung ebenfalls Handlungsbedarf sieht. In Weil im Schönbuch ebenso wie in anderen Gemeinden nehme die Zahlen obdachloser Personen zu, die von den Gemeinden unterzubringen sind. Die vorhandenen Unterbringungskapazitäten der Gemeinde sind beinahe ausgelastet. Die Gemeindeverwaltung prüft momentan mehrere Möglichkeiten, wie zusätzliche Unterbringungskapazitäten für obdachlose Menschen geschaffen werden können. Sobald diese Optionen aufbereitet sind, werden sie dem Gemeinderat zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Gemeinderat Frey erkundigte sich, inwieweit Mitteilungen über den schlechten baulichen Zustand der Gebäude Tübinger Straße 66 und 68 zutreffen. Der Bürgermeister teilte mit, dass diese nun seit mehreren Jahren für die Flüchtlingsunterbringung verwendeten Gebäude natürlich nicht besser würden. Dem Gemeinderat war bei der Entscheidung, diese Gebäude für die Flüchtlingsunterbringung zu verwenden bewusst, dass hier keine zusätzlichen erheblichen Mittel eingesetzt werden können, weil dies im Hinblick auf den baulichen Zustand der Gebäude vollkommen unwirtschaftlich wäre. Selbstverständlich Sorge die Gemeindeverwaltung für Wohnverhältnisse, die zumutbar sind.

Gemeinderätin Grube-Meißner sprach die Pläne des Landkreises mit dessen Unterkunft in der Oberen Bachstraße 5 und die vertragliche Situation mit der Gemeinde an. Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete, dass der Landkreis nach wie vor die Containeranlage veräußern will. Der mit der Gemeinde abgeschlossene Pachtvertrag besteht unverändert weiter. Der Landkreis muss Unterbringungskapazitäten für die Erstunterbringung abbauen, da von Seiten des Landes nur noch diejenigen Unterkünfte finanziell übernommen werden, die zu

mindestens 75 % ausgelastet sind. Dementsprechend strebt der Landkreis an, Lösungen wie Containerunterkünfte als erstes abzubauen.

Gemeinderätin Pfaff sprach die Laufzeiten der bestehenden Mietverträge für angemietete Unterkünfte an. Dazu berichtete der Bürgermeister, dass diese Vertragslaufzeiten alle unterschiedlich sind. Die Gemeinde hat die bestehenden Mietverträge des Landkreises in mehreren Fällen übernommen. Er ergänzte, dass den Mietausgaben entsprechende Einnahmen aus den Nutzungsgebühren entgegenstehen. Wenn eine Einrichtung komplett belegt ist, gleichen sich die Einnahmen und Ausgaben aus.

Der Gemeinderat nahm den Bericht zur Flüchtlingsunterbringung in der Gemeinde zur Kenntnis.

Marktplatz - Konzept für die Sanierung

Bürgermeister Wolfgang Lahl sprach an, dass dieses Thema im Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss bereits öffentlich vorbehalten wurde. Die einstimmige Beschlussempfehlung an den Gemeinderat lautete, den Marktplatz mittelfristig komplett zu sanieren. Bis dorthin sollten lediglich punktuelle Reparaturen vorgenommen werden.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl unterstützte den zeitlichen Horizont einer mittelfristigen Sanierung, drängte aber darauf, dass dies auch umgesetzt wird. Angesichts der Dimension dieses Projektes regte er an, Stadtplaner und Gartenarchitekten bereits in etwa 2-3 Jahren hinzuzuziehen, um für die Umsetzung in 5-6 Jahren bereits ein fertiges Plankonzept ausgearbeitet zu haben. Deshalb sollte der Zeithorizont für die Sanierung des Marktplatzes auf 5-6 Jahre ausgerichtet werden.

Für den Bürgermeister war die Vorgabe einer festen Frist problematisch, denn im gleichen Zeitraum stünden einige andere aufwändige Maßnahmen der Gemeinde an. Teilweise sind diese davon abhängig, wann der Landkreis seine Straßensanierungen eingeplant hat. Keinesfalls darf die Gemeinde es versäumen, im Zuge der Sanierungsmaßnahmen des Landkreises ihre ergänzenden Sanierungen an der gleichen Stelle mit zu erledigen.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl regte ergänzend an, in die Planung für den Marktplatz und dessen Umgebung auch das künftige Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde einzubeziehen. Der Bürgermeister begrüßte diesen Ansatz und sagte zu, diese Überlegungen mitzunehmen.

Gemeinderat Frey regte an, bei den Planungen für den Marktplatz auch daran zu denken, dass künftig wesentlich mehr Ladestationen für elektrisch betriebene Fahrzeuge benötigt werden.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, den Marktplatz inklusive Nebenstraßen mittelfristig inklusive der darunterliegenden Leitungen grundlegend zu sanieren. Bis dorthin sollen lediglich punktuelle Reparaturen vorgenommen werden.

Ökokontomaßnahme Steigbrunnen

Der Bürgermeister sprach an, dass auch diese Maßnahme bereits intensiv und öffentlich vorbehalten wurde. Die Ableitung des Wassers aus dem Steigbrunnen bereitet wegen des hohen Kalkgehaltes regelmäßig Probleme. Wiederholt musste das Rohr, welches das Wasser ableitet, freigefräst werden. Deswegen ist nun geplant, die Entwässerung des Steigbrunnens umzustellen auf eine Ableitung in einem offenen Graben. Letztendlich wird das Wasser des Steigbrunnens dann in die Schaich abgeleitet.

Als Vorteil dieses Vorschlags sah der Bürgermeister die Anrechenbarkeit im Ökokonto der Gemeinde. Er sprach an, dass zur Umsetzung dieses Vorhabens entweder Grundstückskäufe oder Grunddienstbarkeiten notwendig sind. Mit der Planung sollte das Landschaft Architekturbüro Geiz und Partner GbR beauftragt werden, welches auf Wasserbaumaßnahmen spezialisiert ist und auch schon die Ökokonto Maßnahme an der Schaich geplant hat.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat diesen Vorschlägen zu.

Starkregenrisikomanagement

Da auch dieses Thema im Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss bereits vorberaten wurde, war die Befassung im Gemeinderat relativ kurz. Der Bürgermeister betonte, dass es dabei nicht um Vorkehrungen gegen Hochwasser aus Gewässern geht. Vielmehr ist die Zielrichtung dieser Untersuchung, welche Maßnahmen sinnvoll sind, um Schäden aufgrund von starken Regenfällen zu vermeiden.

Er erläuterte, dass das Land Baden-Württemberg die Planungen hierzu mit einer Quote von 70 % unterstützt. Die Verwaltung hat einen entsprechenden Antrag gestellt und Angebote unter drei geeigneten Ingenieurbüros eingeholt. Das günstigste Angebot gab mit 48.909,00 € das Büro Winkler und Partner aus Stuttgart ab.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, das Büro Winkler und Partner mit der Ausarbeitung des Starkregenrisikomanagements zu beauftragen. Voraussetzung ist ein positiver Zuschussbescheid des Landes.

Kläranlage, Vergabe der Planungsleistungen für den dritten Bauabschnitt

Wegen der Vorberatung im Bau-, Landwirtschafts- und Umweltausschuss nahm auch diesen Tagesordnungspunkt nur relativ wenig Zeit in Anspruch. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, das Ingenieurbüro Weber, welches schon alle bisherigen Abschnitte der Kläranlagensanierung geplant hatte, auch mit der Planung für den dritten Bauabschnitt zu beauftragen. Lediglich mit den statischen Berechnungen sollte das Büro Henne aus Weil im Schönbuch beauftragt werden.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat diesem Vergabevorschlag zu.

Straßensanierung in der Röte, Feststellung der Kosten

Bürgermeister Wolfgang Lahl berichtete, dass die gesamte Maßnahme 2.065.452,01 € gekostet hat. Das waren etwa 367.000 € mehr, als die Kostenberechnung vom August 2015 ergeben hat. Die Gründe für die Mehrkosten lagen hauptsächlich im Bereich der Straßensanierung.

Ursächlich war, dass der Untergrund in diesem Bereich aufwändiger saniert werden musste, als eingeplant war. So war wesentlich mehr Fels anzutreffen, als eingeplant war. Teilweise war der Untergrund nicht belastungsfähig genug, so dass aufwändige Bodenverbesserungen notwendig waren. Der Bürgermeister betonte, dass bereits bei der Vergabe der Bauarbeiten der schwierige Baugrund bekannt war. Der Gemeinderat habe damals auf Vorschlag der Verwaltung bewusst eine Sanierungsmethode gewählt, die gegenüber einer technisch etwas besseren Vorgehensweise wesentlich kostengünstiger war und eine kürzere Lebensdauer erwarten lässt, als es bei der wesentlich teureren Sanierungsvariante der Fall gewesen wäre.

Bei der Kanalisation entstanden ebenfalls Mehrkosten durch den felsigen Untergrund. Dadurch mussten die Gräben für die auszuwechseln Kanäle breiter angelegt werden. Zudem wurde es notwendig, im Bereich der Schule eine größere Kanalstrecke komplett auszuwechseln.

Gemeinderätin Himmelein sprach an, dass die Mehrkosten bei der Kanalisation die finanziell schwierige Situation des Eigenbetriebs weiterhin verschlechtern. Dem widersprach der Bürgermeister, denn die Mehrkosten bei der Kanalisation würden durch Wenigerausgaben im Wasserbereich mehr als aufgefangen.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl kritisierte die Mehrkosten und sah eine Ursache in einer unzureichenden Planung durch das Ingenieurbüro. Hinzu seien Fehler im Bauablauf gekommen. Beispielsweise sei für Bodenverbesserungsmaßnahmen eine bereits eingebaute neue Frostschutzschicht wieder entfernt worden. Zugegebenermaßen seien die Anforderungen einer Straßenbaumaßnahme neben einem Bahngleis sehr hoch, dies sei aber bei der Planung bekannt gewesen. Außerdem kritisierte er, dass im Bauablauf teilweise Stillstand geherrscht habe.

Bürgermeister Wolfgang Lahl betonte, dass diese Baumaßnahme weitgehend im Bauzeitenplan realisiert wurde. Die Mehrkosten, die unter dem Strich nur im Straßenbau auftraten, waren begründbar. Er erinnerte daran, dass sich der Gemeinderat bewusst für eine nicht DIN-konforme Umsetzung der Straßensanierung entschieden hat, weil sonst wesentlich teurere Baumaßnahmen wie Spundwände nötig gewesen wären. Die Verwaltung sei mit dem Ablauf dieser schwierigen Baumaßnahme zufrieden gewesen.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat der vorgelegten Kostenfeststellung für diese Baumaßnahme zu.

Vergabe der Kanalsanierungen im Jahr 2019

Ortsbaumeister Ehmann sprach den Grundsatzbeschluss des Gemeinderates an, systematisch 400.000 € jährlich in der Unterhaltung der Kanäle zu investieren. Zusätzlich beschloss der Gemeinderat, jährlich 70.000 € für die laufende Unterhaltung bereitzustellen. Nachdem 2017 hauptsächlich die Kanäle im Troppel und 2018 vor allem in Neuweiler saniert wurden, stehen 2019 hauptsächlich Sanierungen im Kernort Weil im Schönbuch an. Ausgespart werden dabei Bereiche, für die in der Zukunft größere Sanierungen vorgesehen sind wie der Marktplatz oder wie bei den Kreisstraßen.

2020 werden dann wahrscheinlich die Kanäle in Breitenstein an der Reihe sein und 2021 die restlichen Kanäle in Weil im Schönbuch. Anschließend ist vorgesehen, die Hauptsammler zu sanieren.

Der Ortsbaumeister wies darauf hin, dass nach Abschluss dieser Sanierungen damit noch nicht die Hausanschlüsse der Kanäle in Ordnung gebracht sind. Dafür werden ungefähr noch einmal dieselben Mittel benötigt.

Er berichtete, dass die Verwaltung die 2019 geplanten Sanierungen bewußt in zwei Losen ausgeschrieben hat, um den Kreis der Firmen, die ein Angebot abgeben können, zu erweitern. Die Bei beiden Losen gab die Firma Aarsleff, mit der die Gemeinde schon mehrmals und gut zusammengearbeitet hat, das günstigste Angebot ab. Die Differenzen zu den anderen Bietern waren relativ gering. Das Ausschreibungsergebnis lag ca. 5 % unter der Kostenberechnung.

Gemeinderat Wolfgang Brennenstuhl fragte, ob nur die Firma Aarsleff Nebenangebote abgegeben hatte oder ob es auch weitere Nebenangebote gab. Der Ortsbaumeister berichtete, dass weitere Nebenangebote vorlagen, die aber nicht alle gleichwertig waren. Nicht gleichwertige Angebote wurden von der Wertung ausgeschlossen.

Gemeinderat Hiller erkundigte sich, weshalb die Kanäle in der Brückenstraße, die ebenfalls in einem schlechten Zustand sind, nicht saniert werden sollen. Dazu berichtete die Verwaltung, dass hier in den Folgejahren eine große, umfassende Straßensanierung geplant ist.

Gemeinderat Frey sprach das Thema Glasfaserkabel an und fragte, wie das bei dem Bau neuer Straßen berücksichtigt wird. Der Bürgermeister berichtete, dass die Gemeinde bei neuen Straßen konsequent Leerrohre für Glasfaserkabel verlegt. Die Provider sind jedoch nicht verpflichtet, diese Leerrohre auch zu nutzen. Ergänzend berichtete der Bürgermeister, dass derzeit im Zweckverband Glasfaserverkabelung, dem die Gemeinde beigetreten ist, der Rahmenvertrag mit der Telekom vorbereitet wird. Er betonte, dass auch dann, wenn in einer Straße Glasfaserverkabelung verfügbar ist, immer noch die Hausanschlüsse neu geschaffen werden müssen.

Einstimmig beschloss der Gemeinderat, beide Lose der Kanalsanierungen 2019 an den günstigsten Bieter die Firma Aarsleff aus Stuttgart zu vergeben. Insgesamt beträgt die Vergabesumme 381.848,13 €.

Nutzung von Verwaltungsräumen in den Rathäusern der Gemeinde vor Kommunalwahlen

Hauptamtsleiter Feitscher sprach an, das es zwei Anfragen zu Veranstaltungen im Rathaus vor der Kommunalwahl gab, bei denen man eine inhaltliche Nähe zur politischen Ausrichtung von kandidierenden Gruppierungen gesehen hätte. Die Gemeindeverwaltung hatte Bedenken wegen des Neutralitätsgebots der Verwaltung vor Wahlen, was von den Anfragenden akzeptiert wurde.

Da nicht davon ausgegangen werden könne, dass dieses Verständnis bei allen Anfragenden gegeben ist schlug die Verwaltung vor, aus Neutralitätsgründen 3 Monate vor Kommunalwahlen in den Rathäusern generell keine solche Veranstaltungen, die an die Öffentlichkeit gerichtet sind, mehr zuzulassen. Interne Veranstaltungen sollen weiter möglich sein.

Einstimmig stimmte der Gemeinderat diesem Vorschlag zu.

Spendenbericht und –genehmigung für das Jahr 2018

Da Bürgermeister Wolfgang Lahl befangen war übernahm der 1. Stellvertretende Bürgermeister, Gemeinderat Klaus Finger, die Sitzungsleitung. Er trug die geltenden Bedingungen für die Annahme von Spenden vor und berichtete, dass die Gemeinde im letzten Jahr Spenden von 28.807,05 Euro erhielt. Überwiegend wurde der Jugendbereich gefördert.

In Namen der Gemeinde Weil im Schönbuch dankte er allen Spenderinnen und Spendern.

Einstimmig nahm der Gemeinderat den Spendenbericht 2018 zur Kenntnis und genehmigte die Annahme aller Spenden.

Anfragen aus dem Gemeinderat

Gemeinderat Jürgen Brennenstuhl fragte, weshalb bei der neuesten Baustelle in der Hauptstraße nicht wie bei anderen ähnlichen Baustellen eine Ampelregelung gefordert wurde. Der Bürgermeister informierte, dass für diese Genehmigung das Landratsamt zuständig ist, da die Hauptstraße eine Kreisstraße ist. Oft wird zunächst versucht, ohne weitergehende Einschränkungen wie eine Ampel auszukommen. Wenn sich zeigt, dass das nicht möglich ist kann die genehmigende Behörde weitere Auflagen wie eine Ampelregelung anordnen.

Gemeinderätin Himmelein stellte die Anfrage, ob die Gemeinde vor der Veröffentlichung von Jubilaren im Mitteilungsblatt deren schriftliche Zustimmung einholt, was die Verwaltung bejahte.

Eine weitere Anfrage von Gemeinderätin Himmelein zielte darauf ab, welche Konsequenzen die Verwaltung aus dem jüngsten BGH-Urteil zu den zulässigen Inhalten eines Mitteilungsblattes zieht. Der Bürgermeister führte aus, dass die Verwaltung bis auf weiteres nichts ändern wird. Wenn sich die Inhalte des

Mitteilungsblattes auf amtliche Bekanntmachungen beschränken müssten wäre es für den Leser vollkommen uninteressant. Falls diese Einschränkungen auch bei uns umgesetzt werden müssen wäre zu prüfen, ob die Form der öffentlichen Bekanntmachungen geändert wird.

Gemeinderat Finger sprach verschobene Pflastersteine in den Einmündungen einiger von der Hauptstraße abgehender Straßen an. Ortsbaumeister Ehmann bestätigte, dass diese Schäden auftreten. Momentan setzt sich die Verwaltung dazu mit dem Bauunternehmen auseinander.

Gemeinderätin Dr. Staber wies auf die in Kraft getretene Heimbau-VO hin und fragte, welche Auswirkungen das Gebot von Einzelzimmern in Pflegeheimen auf das Pflegeheim Haus Martinus hat. Der Bürgermeister informierte, dass die Stiftung Liebenau für das Haus Martinus eine Übergangsregelung beantragte, die genehmigt wurde. Die Dauer der Übergangsregelung wird noch nachgeliefert.

Ein weiteres Thema von Gemeinderätin Dr. Staber war die zunehmende Vermüllung hinter dem WeilerSportZentrum und am Fußgängerüberweg zur Schule. Sie regte an, gemeinsam mit dem Jugendreferat eine Müllbeseitigungsaktion mit den Schülern zu konzipieren, damit diese für die Müllproblematik sensibilisiert werden. Bürgermeister Wolfgang Lahl begrüßte diese Anregung und wird sie an das Waldhaus weitergeben.

Gemeinderat Kolb sprach den Fußweg zwischen der Seniorenwohnanlage und dem Pflegeheim Haus Martinus an. Der Schotter in den Zwischenbereichen sei weitgehend herausgetragen worden und befinde sich nun im befestigten Wegebereich. Die Verwaltung sagte zu, die Zwischenbereiche wieder zu richten.

Gemeinderat Breitling erkundigte sich, ob an der Rötebrücke wegen der Elektrifizierung der Schönbuchbahn noch Änderungen notwendig sind. Der Bürgermeister verneinte das. Bei der Sanierung der Rötebrücke vor einigen Jahren wurden bereits die notwendigen Vorkehrungen getroffen.

Eine nichtöffentliche Sitzung schloss sich an.